WP-4-761 Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Antragsteller*in: LAG Säkulare
Beschlussdatum: 13.01.2026

## Änderungsantrag zu WP-4

Von Zeile 760 bis 766:
Berlin zeichnet sich auch durch seine religiöse und weltanschauliche Vielfalt aus. Wir Bündnisgrüne verteidigen die im Grundgesetz verankerte ~~Religionsfreiheit~~Religions- und ~~unterstützen alle Bekenntnisse gleichermaßen.~~Weltanschauungsfreiheit -- ~~Und genauso~~Genauso unterstützen wir die Freiheit aller Menschen, die keiner Religion oder Weltanschauung angehören ~~wollen.~~ -Kirchen, Synagogen, Moscheen, Tempel und weitere religiöse Einrichtungen sind wichtige Orte, in denen sich Menschen milieuübergreifend werteorientiert begegnen können. Sie bilden für viele Menschen in Berlin ein verlässliches soziales Netz und sind genau wie ihre sozialen Träger wichtig für den sozialen Zusammenhalt.
Gleichwohl gibt es einige Gruppen, die in Abhängigkeit von autokratischen Regimen stehen und unsere Verfassung nicht vollumfänglich anerkennen. Damit ein bereichernder Dialog entstehen kann, dürfen Grundrechte – beispielsweise in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit oder der Akzeptanz verschiedener sexueller Orientierungen – nicht relativiert werden Dies ist Voraussetzung für eine Zusammenarbeit von öffentlichen Stellen mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und für deren öffentliche Unterstützung. Für uns Bündnisgrüne scheidet eine Zusammenarbeit mit religiösen Vereinigungen aus, die von einem ausländischen Staat abhängig sind.

## Begründung

Religions- und Weltanschauungsfreiheit werden bereits Grundgesetz gleichberechtigt erwähnt; es ist kein Grund ersichtlich, warum für das Landeswahlprogramm 2026 nur die Religionsfreiheit betont werden sollte. Da es außerdem Menschen gibt, die keiner Religion oder Weltanschauung zugehörig sind, ist deren Freiheit zusätzlich zu betonen.

Es ist nicht Aufgabe einer politischen Partei in einem säkularen Staat, "Bekenntnisse" zu unterstützen. "Bekenntnis" ist die Gesamtheit der religiösen Auffassungen einer Religion. Das geht die Politik überhaupt nichts an. Es wird auch nicht deutlich, wie mit gegensätzlichen Bekenntnissen verschiedener Religionen umgegangen werden soll.

Es wird im Programmentwurf ein ausschließlich positives Bild von Religionen bzw. religiösen Vereinigungen gezeichnet. Die Probleme, die es seit langem und in zunehmenden Maße gibt, etwa mit vom Ausland gesteuerten Religionsvereinen wie z.B. Ditib, mit Islamismus und Demokratiefeindschaft in evangelikalen Kreisen, mit reaktionären Tendenzen in der römisch-katholischen Kirche, gehören in eine Aussage zu Religion hinein, bereits um deutlich zu machen, dass Bündnisgrüne diese Probleme zumindest zur Kenntnis genommen haben und vor ihnen nicht die Augen verschließen.